

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
10/2011(II)*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Nach zwei intensiven und arbeitsreichen Sitzungstagen, schicke ich Euch anbei wieder aktuelle Informationen direkt aus dem SPÖ-Klub im Parlament.

Themen waren unter anderem die erste Budgetrede von Finanzministerin Fekter, der Bundesrechnungsabschluss 2010 und Novellen des Telekommunikationsgesetzes.

Zusätzlich möchte ich Euch darüber informieren, dass ich diesen Freitag als einzige Vertreterin des österreichischen Parlaments zur Wahlbeobachtung nach Tunesien fliegen werde. In Tunesien wird am Sonntag in den ersten freien und demokratischen Wahlen dieses Landes eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt.

Wie immer gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



Plenum 19/20.10.2011

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 19. und 20. Oktober trat der Nationalrat zu Plenarsitzungen zusammen. Am Mittwoch stand die erste Budgetrede von Finanzministerin Fekter auf der Tagesordnung. Das Budget wurde dann in einer Ersten Lesung am Donnerstag diskutiert. Am Mittwoch wurden der Bundesrechnungsabschluss 2010 abgesegnet und zahlreiche Gesetze beschlossen, unter anderem das Gaswirtschaftsgesetz, das Klimaschutzgesetz, das Emissionszertifikatengesetz und Novellen des Telekommunikationsgesetzes, des Auslandseinsatzgesetzes und des Terrorismuspräventionsgesetzes. Die 15a-Vereinbarung über den Ausbau der Kinderbetreuung wurde ebenfalls vom Nationalrat fixiert.

In ihrer ersten **Budgetrede** legte Finanzministerin Fekter am Mittwoch die Grundzüge des Budgets 2012 dar. Am Donnerstag folgte die **Erste Lesung** des **Bundesfinanzgesetzes (1405 d.B.)**, bei der alle Parteien zum Budget Stellung nahmen. **Bundeskanzler Werner Faymann** betonte, dass die Bundesregierung ein Budget präsentiert habe, das auf Sparsamkeit und Investieren, Konsolidieren und soziale Ausgewogenheit Rücksicht nimmt. Das Budget wird den Herausforderungen der Zukunft gerecht, ohne auf soziale Gerechtigkeit zu verzichten. Durch **vermögensbezogene Steuern** ist rund eine Milliarde Euro für das Budget lukriert worden. Im Gesundheits- und Pflegebereich wurden die **Krankenkassen saniert**, ohne – wie in den meisten anderen europäischen Staaten – Leistungskürzungen vorzunehmen.

Auch **SPÖ-Klubobmann Josef Cap** betonte, dass die österreichische Regierung **verantwortungsvoll** und **richtig auf die Krise** und die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und die Auswirkungen auf die Realwirtschaft **reagiert** habe. Österreich hat die **niedrigste Arbeitslosenrate in Europa**. Wir haben antizyklisch Steuergeld für die Ankurbelung der Wirtschaft, für Beschäftigungsprogramme und die Stabilisierung der Banken in die Hand genommen. Nun gilt es, die **Handlungsspielräume für die öffentlichen Haushalte** zu sichern. Dazu brauchen wir auch **gerechte Steuern**. Der solidarische Bezug in unserer Gesellschaft muss auch im Steuersystem Ausdruck finden.

Staatssekretär Andreas Schieder hob hervor, dass **Österreich** trotz schwieriger wirtschaftlicher Prognosen **stabile und gesunde Finanzen** habe. Wir haben einen **nachhaltigen Konsolidierungskurs** und wir arbeiten am sukzessiven, schrittweisen **Schuldenabbau**. Österreich präsentiert sich im internationalen Vergleich stark, besonders was den Arbeitsmarkt betrifft. In zentralen Bereichen wie **Bildung, Forschung, Beschäftigung und Wachstum** werden **Akzente** gesetzt.

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Am **Mittwoch** wurden nach der Budgetrede zahlreiche Gesetze beschlossen. Der **Bundesrechnungsabschluss** 2010 enthält detaillierte Informationen zur Finanzgebarung. Mit der **15a-Vereinbarung** mit den Bundesländern über den **Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung** wird ein wesentlicher Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie geleistet. Eine Novelle des **Terrorismuspräventionsgesetzes** stellt einen weiteren Schritt zur Bekämpfung des Terrorismus dar. Eine Novelle des **Telekommunikationsgesetzes** bringt eine Stärkung der Rechte von Konsumentinnen und Konsumenten, durch das **Gaswirtschaftsgesetz** wird der Anbieterwechsel erleichtert und kostengünstiger. Das neue **Klimaschutzgesetz** bringt verbindliche Bund-Länder-Vereinbarungen für mehr Energieeffizienz.

Am Nachmittag stand eine **Dringliche Anfrage** der Grünen zu den budgetären Vorkehrungen für den **Bildungsbereich** auf der Tagesordnung. **Bundeskanzler Werner Faymann** betonte, dass es in Zeiten, wo überall in der Europäischen Union über Kürzungen diskutiert wird, in Österreich im Bereich der **Bildung** insgesamt ein **Plus** gibt. Auch was die Durchrechnung der Ausgaben pro Schüler betrifft, liegt **Österreich über dem EU-Durchschnitt**. **Insgesamt** gab es bereits **41 Regierungsvorlagen** zu so wichtigen Themen wie kleinere Klassen, Bildungsstandards, Sprachförderung, Projekt "Lehre und Matura" sowie Ausbau ganztätiger Schulformen und Ausbau der Neuen Mittelschule. Bis 2015 werden 80 Millionen jährlich an Offensivmittel investiert mit dem Ziel, 210.000 Plätze bis 2014 zur Verfügung zu stellen.

Als letzter Tagesordnungspunkt bereits am **Donnerstag** in der Früh wurde in einer **Ersten Lesung** ([1658/A](#)) der Antrag von SPÖ, ÖVP und Grünen für eine zeitgemäße Form der Bundeshymne diskutiert. Ziel des Antrags ist es, nicht nur die „Söhne“ in der Hymne zu nennen, sondern auch Österreichs „**Töchter**“. Seit 1947 wird die Österreichische Bundeshymne mit der Wortfolge „Heimat bist du großer Söhne“ gesungen, diese soll durch „Heimat großer Töchter, Söhne“ ersetzt werden.

In einer **Dringlichen Anfrage** an den Bundeskanzler am **Donnerstag** forderte das BZÖ ein Veto beim EU-Gipfel am 23. Oktober. Gegen ein solches Veto sprach sich Bundeskanzler Werner Faymann aus – mit den Rettungsschirmen wird großer Schaden für ganz Europa abgehalten und damit auch für Österreich. Die Banken sind systemrelevante Einrichtungen und müssen als solche erhalten werden, ihr Konkurs hätte dramatische Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft, die Betriebe und die Arbeitsplätze.

Einstimmig beschlossen wurde ein gemeinsamer Antrag von BZÖ, ÖVP, SPÖ und FPÖ auf Einsetzung eines **Untersuchungsausschusses** zur "Klärung von Korruptionsvorwürfen". Untersucht werden **sieben Punkte**: Telekom, Buwog, Behördenfunk, Inserate, Glückspiel und Staatsbürgerschaften. Hier der **Antrag**: (www.spoe.at/bilder/d279/PK-D16770.pdf)

Die wichtigsten Beschlüsse

Österreich hat gut gewirtschaftet –Bundesrechnungsabschluss 2010 ([1449 d.B.](#))

Österreich ist gut durch die Krise gekommen und hat **besser gewirtschaftet als budgetiert** war. Erfreulich ist die **Reduzierung des Defizits** von prognostizierten 13 Milliarden Euro auf 7,8 Milliarden Euro. Die Zahlen zeigen aber auch, dass **Arbeit und Konsum in Österreich höher besteuert werden als Vermögen und Kapitalerträge**. Eine klare Schieflage, die die SPÖ mit vermögensbezogene Steuern korrigieren will. Ein Beispiel für die Schieflage: Wenn man 100 Euro durch Arbeit verdient, zahlt man mehr als 40 Euro Steuern. „Verdient“ man 100 Euro durch Kapitaleinkommen – also ohne Leistung – zahlt man weniger als 25 Euro Steuern.

55 Millionen Euro für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – 15a-Vereinbarung über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots ([1414 d.B.](#))

Die 15a-Vereinbarung mit den Bundesländern über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots stellt einen wesentlichen Schritt für die **bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie** dar. Für den Ausbau der Kinderbetreuung stellt der Bund einen Zweckzuschuss von insgesamt **55 Millionen Euro bis 2014** zur Verfügung. Mit dieser Vereinbarung werden die Länder verpflichtet, **zusätzliche Kinderbetreuungsplätze** vor allem **für Unter-Dreijährige** zu schaffen. Neben dem quantitativen Ausbau werden jedoch auch Schritte in Richtung **Verbesserung der Qualität** der Betreuungsplätze gesetzt.

Die SPÖ begrüßt, dass nun nach 2007 wiederum eine Vereinbarung mit den Ländern zum Ausbau der Kinderbetreuung abgeschlossen wird. Denn insgesamt ist der **Ausbau der Kinderbetreuung** eine **Erfolgsgeschichte**. Durch die Kostenbeteiligung des Bundes konnten zwischen 2008 und 2010 24.573 zusätzliche Betreuungsplätze und 9.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die Betreuungsquote bei den Unter-Dreijährigen wurde von 14 auf 19 Prozent gesteigert. Dieser Weg wird nun fortgesetzt.

Besonders positiv zu beurteilen sind die **qualitativen Mindestanforderungen** an Kindergärten. Die Anforderungen an die **Öffnungszeiten** werden bis 2014 sukzessive von 30 Wochen im Jahr auf 47 Wochen **erhöht**. Dadurch wird das Angebot an Kinderbetreuung besser an den Bedarf der Familien angepasst. Die Fortführung der **sprachlichen Frühförderung** ist nicht mehr Gegenstand der vorliegenden Vereinbarung. Allerdings stellt die Finanzministerin den Ländern nun nach einigen Diskussionen doch **5 Millionen Euro für 2012** zur Verfügung.

Grundrechte nicht eingeschränkt – Terrorismuspräventionsgesetz ([1422 d.B.](#))

Mit diesem Gesetz soll ein weiterer Schritt zur **Bekämpfung des Terrorismus** gesetzt werden. Für die SPÖ war von Anfang an klar, dass zwar geeignete Schritte gegen die terroristische Gefahr gesetzt werden sollen, dass aber **keinesfalls unangemessen die Grundrechte eingeschränkt** werden dürfen. Nach einem längeren Dialog stehen nun die Bekämpfung der Ausbildung für terroristische Zwecke, der Anleitung zur Begehung einer terroristischen Straftat und der Aufforderung zu terroristischen Straftaten und Gutheißung terroristischer Straftaten im Vordergrund. Auf Druck der SPÖ wurde auch der **Verhetzungsparagraph** (§ 283) präzisiert: Strafbar macht sich künftig, wer zu Gewalt gegen jemanden wegen des Geschlechts, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft, des Alters, der Religion oder der sexuellen Orientierung aufruft.

Außerdem ist es gelungen, eine langjährige Forderung von SPÖ und der Polizeigewerkschaft umzusetzen: Zu Gunsten von ExekutivbeamtInnen beziehungsweise Personen in Gesundheitsberufen ist die **Blutabnahme mit richterlicher Genehmigung** bei Personen möglich, die möglicherweise mit ansteckenden Krankheiten infiziert sind. Eine rasche Blutabnahme bei Verdächtigen schafft rascher Klarheit für die 30.000 Exekutivbeamtinnen und –beamten.

Telekom-Novelle: Wesentliche Stärkung der KonsumentInnenrechte ([1450 d.B.](#))

Die **Novelle zum Telekommunikationsgesetz (TKG)** bringt eine wesentliche **Stärkung der KonsumentInnenrechte**. Vor allem wird sie den **Handynutzern mehr Schutz** vor überhöhten Rechnungen bringen.

Die Ursachen für solche aus Sicht der KonsumentInnen überhöhten Rechnungen liegen in aller Regel in der **unbemerkten Überschreitung von Datendownload-Limits** (beispielsweise bei Smartphones durch permanente Mailabfrage).

Die Telekom-Regulierungsbehörde bekommt nun durch die Novelle erstmals die Möglichkeit, die Betreiber zu verpflichten, ihren Kunden **wirksame Kontrollinstrumente** zur Verfügung zu stellen – und zwar kostenlos. Dadurch wissen die NutzerInnen, wann sie an ihr Download-Limit gelangen und wie hoch die laufenden Kosten sind. Auf Verlangen des Kunden können Datendienste auch gesperrt werden. Dadurch soll zum Beispiel verhindert werden, dass Kinder übermäßig Daten downloaden.

Vorteile der Novelle sind: Volle Kostenkontrolle für die KonsumentInnen; bessere Information und mehr Transparenz bei Vertragsabschluss; keine versteckten Klauseln mehr; Begrenzung der anfänglichen Mindestlaufzeit von Verträgen; Kostenlose Papierrechnung; Einspruchsfrist von 3 Monaten gegen die Rechnung. Darüber hinaus werden Investitionsrisiken verringert, potenziell neue Marktteilnehmer gefördert und eine Technologie- und Diensteneutralität sichergestellt.

Anbieterwechsel wird für KonsumentInnen erleichtert und kostengünstiger – Gaswirtschaftsgesetz ([1128 d.B.](#))

Mit dem Gaswirtschaftsgesetz soll das sogenannte 3. Energiebinnenmarktpaket der Europäischen Union in Österreich umgesetzt werden. Folgende Bereiche werden dabei erfasst: Die **Stärkung und Absicherung der Verbraucherrechte**, eine **wirksame Entflechtung der Fernleitungsnetzbetreiber**, die Gewährleistung des **freien Marktzuganges für die Versorger**, die Entwicklung von Kapazitäten für **neue Verbraucheranlagen** sowie die Schaffung des sogenannten Enty-Exit-Marktmodells. Konkret wird die Frist für einen Lieferantenwechsel auf drei Wochen (bisher bis zu acht) verkürzt, gleichzeitig sollen niedrigere Gebühren (maximal 30 Euro) anfallen.

Verbindliche Bund-Länder-Vereinbarungen für mehr Energieeffizienz – Klimaschutzgesetz([1456 d.B.](#))

Auf Basis des Klimaschutzgesetzes werden in Zukunft völker- und unionsrechtliche Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen (Klimaschutzziele) national aufgeteilt.

Außerdem wird künftig ein **nationales Klimaschutzkomitee** mit Ministerien, Ländern und Sozialpartnern samt Expertenbeirat eingerichtet.

Weitere Beschlüsse

Neue Regelungen für den Emissionshandel – Emissionszertifikatengesetz ([1460 d.B.](#))

Mit diesem Gesetz wird eine EU-Richtlinie umgesetzt, der Emissionshandel wird mit 2013 auf neue Beine gestellt.

Rechtsvoraussetzungen für österreichische Soldatinnen und Soldaten im Ausland –Auslandseinsatzbefugnisgesetz ([1418 d.B.](#))

Mit dieser Rechtsgrundlage wird klargestellt, dass für heimische Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz weiterhin die heimische Rechtsordnung gilt.

Beruf des Wertpapiervermittlers als reglementiertes Gewerbe – Novelle Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 und Gewerbeordnung 1994 ([1451 d.B.](#))

Mit der vorliegenden Regierungsvorlage wird der Beruf des Wertpapiervermittlers als reglementiertes Gewerbe mit eigenem Berufsbild und besonderer Ausbildung samt laufendem Weiterbildungserfordernis neu definiert. Strengere Aufsichts-, Haftungs- und Ausbildungsbestimmungen sind vorgesehen.

Neues Gehaltsschema für juristische MitarbeiterInnen der Finanzprokurator – Novelle Finanzprokuratorgesetz ([1452 d.B.](#))

Die Novelle definiert ein neues Gehaltsschema für juristische MitarbeiterInnen der Finanzprokurator und soll deren Abgang in die Privatwirtschaft verhindern. Sie sind verpflichtet, innerhalb von fünf Jahren nach Eintritt in den Prokuradienst die Rechtsanwalts- und die Prokuratorprüfung abzulegen.

Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie –Dienstleistungsgesetz ([523 d.B.](#))

Das Dienstleistungsgesetz (kurz: DLG) soll die Dienstleistungsrichtlinie der EU im nationalen Recht umsetzen und hat damit die Verwirklichung der Dienstleistungsfreiheit im europäischen Binnenmarkt zum Ziel. Durch das Dienstleistungsgesetz werden horizontale Elemente der Dienstleistungsrichtlinie, insbesondere die grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit zwischen den Behörden sowie die Zurverfügungstellung von Informationen des Dienstleistungserbringers über sich und seine Dienstleistung gegenüber dem Dienstleistungsempfänger ins nationale Recht implementiert.

Strengere Strafen bei illegalen Tiertransporten ([1480 d.B.](#))

In dem Antrag ist eine Verschärfung der Strafbestimmungen bei illegalen Tiertransporten vorgesehen. Damit versucht man, illegale Tiertransporte wirksam zu verhindern.

Einschränkungen und Verschärfungen bei Verkaufsmessen ([1482 d.B.](#))

Einstimmig angenommen wurde der Antrag, der ein Verbot des Verkaufs von exotischen Tieren bei Messen vorsieht.

Schaffung einer Sachkundeverordnung für die Haltung von exotischen Tieren ([1483 d.B.](#))

Der Antrag sieht vor, dass die Bundesregierung Gespräche mit den Ländern aufnehmen soll, dass österreichweit Sachkundeverordnungen für die Haltung exotischer Tiere – vergleichbar der oberösterreichischen Hundehalt-Sachkundeverordnung – eingeführt werden. Dem Nationalrat soll darüber berichtet werden.

Maßnahmen zum Schutz von Straßentieren („Streunertieren“) in der EU ([1487 d.B.](#))

Der Antrag sieht Regelung für verbesserte Haltungs- und Lebensbedingungen für Nutz-, Haus- und Streunertiere vor.

Verbot der Entnahme von Federn und Daunen vom lebenden Tier auf europäischer Ebene[\(1474 d.B.\)](#)

Mit diesem Antrag wird ein europäisches Verbot der Lebendentnahme von Federn angestrebt, da die Lebendentnahme, wie es etwa in Ungarn oder Polen praktiziert wird, unfassbares Tierleid bedeutet.

Überarbeitung der Handbücher und Checklisten zur Selbstevaluierung „Tierschutz für Haustiere“ [\(1486 d.B.\)](#)

Seit März 2011 gibt es vom Tierschutzminister eine erklärende Broschüre, „Das österreichische Tierschutzgesetz – die wichtigsten Bestimmungen für Hund, Katze, Sittich & Co“. Broschüren dieser Art sollen evaluiert werden und auf der Homepage des Gesundheitsministeriums veröffentlicht werden.

Neue Voraussetzungen für den Zugang zum Beruf des Notars – Novelle Notariatsordnung[\(1423 d.B.\)](#)

Um einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes zu entsprechen, wird künftig für den Zugang zum Beruf des Notars nicht mehr die österreichische Staatsangehörigkeit als Voraussetzung festgeschrieben, sondern es wird der Zugang zum Beruf des Notars künftig ganz generell Staatsangehörigen eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft offen stehen. Zusätzlich sind gewisse weitere legislative Anpassungen erforderlich.

Bewilligung von Hilfsmitteln für chronisch kranke Kinder wird erleichtert [\(1435 d.B.\)](#)

Familien mit Kindern, die eine chronische Erkrankung haben, sollen verstärkt von Bürokratie entlastet werden. Als nächster Schritt soll eine zentrale Anlaufstelle zur Bewilligung von Hilfsmitteln eingerichtet werden, um den Angehörigen Kraft und Zeit zu sparen.

Vereinfachung bei Ausstellung von Behindertenparkausweisen kommt [\(1443 d.B.\)](#)

Eine Vereinheitlichung und Vereinfachung soll bei der Ausstellung von Behindertenparkausweisen umgesetzt werden, damit doppelte Besuche beim Amtsarzt, die für Menschen mit Behinderung unnötig kraft- und zeitraubend sind, künftig vermieden werden.

Abkommen mit Moldau (= Moldawien) über soziale Sicherheit ([1426 d.B.](#))

Durch das vorliegende Abkommen mit Moldau wird ein weitest gehender Schutz im Bereich der Pensionsversicherung durch die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen, die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten für den Erwerb von Leistungsansprüchen, die Pensionsfeststellung entsprechend den in jedem Vertragsstaat zurückgelegten Versicherungszeiten und den Leistungsexport sichergestellt.

Zusatzprotokoll Doppelbesteuerungsabkommen mit Südafrika ([1453 d.B.](#))

Die Revision des Doppelbesteuerungsabkommens mit Südafrika passt die Regelung über den Informationsaustausch an den neuen OECD-Standard betreffend steuerliche Transparenz und Amtshilfebereitschaft an.

Des Weiteren wurde ein Doppelbesteuerungsabkommen mit der RepublikTadschikistan ([1454 d.B.](#)) und ein Abkommen über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe in Zollsachen mit der Republik Armenien ([1455 d.B.](#)) abgeschlossen.

Dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft um **Zustimmung zur behördlichen Verfolgung von Abgeordnetem Peter Westenthaler ([1496 d.B.](#))** wurde stattgegeben, **beim AbgeordnetenWolfgang Zanger ([1497 d.B.](#)) stimmte der Nationalrat der behördlichen Verfolgung nicht zu.**

Behandelte Berichte

ÖBB-RH-Unterausschuss ist abgeschlossen – Vereinfachte, neue Strukturen verhindern Fehler der Vergangenheit ([1421 d.B.](#))

Im Unterausschuss des Rechnungshofausschusses wurden von Jänner bis Herbst 2011 unter anderem die Spekulationsgeschäfte bei den ÖBB, der Ankauf der MAV Cargo und die Causa „Mobiltelefone“ untersucht. Die Untersuchungsgegenstände sind allesamt Kapitel aus der Vergangenheit der ÖBB und waren Auslöser für wichtige Veränderungen und Optimierungen im Unternehmen. Klar herausgekommen ist im Ausschuss, dass durch die ÖBB-Strukturreform 2003 das Unternehmen so zersplittert wurde, dass Transaktionen von mehreren hundert Millionen – ohne Überprüfung, ohne Doppel-Check – abgewickelt wurden. Als Eigentümervertreterin hat Verkehrsministerin Bures bereits 2009 eine Regierungsvorlage zur Umstrukturierung der ÖBB vorgelegt, um die Effizienz der österreichischen Mobilitätsunternehmen wieder herzustellen. Durch Straffung und Transparenz kann in Zukunft kostengünstiger und effizienter gearbeitet werden. Außerdem wurde der Aufsichtsrat von BM Bures be-

auftragt, dass bei allen Finanzierungsgeschäften eine Informationspflicht seitens der Vorstände besteht.

Als eine seiner ersten Handlungen hat ÖBB-Chef Christian Kern kurz nach seinem Amtsantritt eine neue Geschäftsordnung für den Gesamtkonzern ÖBB erlassen, die folgende Maßnahmen vorsieht:

- ∅ keine Derivatgeschäfte ohne zugrundeliegendes Basisgeschäft
- ∅ Transparenzkriterien und Berichtswesen wurden massiv erhöht
- ∅ Investitionen in IT-Systeme, um alle Geschäfte und Produkte abbilden zu können
- ∅ Zusammenziehung der gesamten Treasury-Abteilungen im Konzern

Parlamentsreden vom 19. und 20.10.2011

Rede zur Anpassungen der Geschäftsordnung an die Lissabon-Begleitnovelle und das EU-Informationsgesetz

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Stefan, es wundert mich nicht, dass Sie dagegen sind, weil Sie sind sowieso immer dagegen. *(Zwischenrufe bei der FPÖ. – Abg. Zanger: Bla, bla, bla!)*

Wir sehen das durchaus anders. Ich möchte feststellen, dass der Umfang der europolitischen Themen, die wir im Haus bearbeiten, sehr stark zugenommen hat und ständig zunimmt. Es werden an die 20 000 EU-Dokumente pro Jahr an das Parlament kommen, und das ist schon eine enorme administrative Leistung. Das Ganze wird in Zukunft auch noch mehr werden, denn es liegt in der Verantwortung dieses Parlaments, dafür zu sorgen, dass die europäischen Entscheidungsprozesse hinreichend legitimiert, transparent und demokratisch vollzogen werden.

Die Instrumente, die uns die bisherige Geschäftsordnung zur Überprüfung und Beurteilung europäischer Politik bietet, kommen aber durch diese Fülle an ihre Grenzen. Eine Modernisierung ist dringend nötig. Durch das neue Geschäftsordnungsgesetz und das ebenfalls heute zur Abstimmung stehende EU-Informationsgesetz wird der Nationalrat in seiner EU-Politik handlungs- und gestaltungsfähiger. Wir schaffen damit die Grundlage für unsere zukünftige Arbeit.

Wir haben schon bei der ersten Lesung darüber gesprochen, wie viele positive Punkte zu nennen sind, das geht von der Erhöhung der Transparenz und der demokratischen Kontrolle bis zur Anbindung des Parlaments an die Dokumentendatenbank der EU. Es geht eben, wie Sie gesagt haben, um die Festlegung genauer Regeln zur Nutzung neuer Instrumente, wie die Subsidiaritätsrüge oder die Mitteilung an die EU-Organe und so weiter und so fort.

Meine Damen und Herren, ich darf mich aber auch noch bedanken, und zwar für die an sich sehr gute Zusammenarbeit der Klubs im EU-Bereich. Bedanken möchte ich mich aber auch ganz besonders bei den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Klubs, die diese Gesetzesänderung vorbereitet haben.

Abschließend möchte ich noch auf den bereits eingebrachten Abänderungsantrag hinweisen, der Abgeordneten Muttonen, Neugebauer, Musiol zum Antrag 1657/A. Es handelt sich hierbei lediglich um redaktionelle Korrekturen. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Neugebauer.)*

Rede zum Budget 2012

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Wir haben ja heute schon mehrmals besprochen, dass sich Österreich bisher sehr gut geschlagen hat in dieser Wirtschaftskrise, die mittlerweile schon vier Jahre andauert. Die Arbeitslosigkeit ist sehr gering, die Jugendarbeitslosigkeit ist auch sehr gering, und das ist schon ein großer Erfolg. Die Regierung hat es bislang geschafft, Österreich sicher durch die Krise zu führen, und dieser Kurs muss fortgesetzt werden.

Klar ist, dass wir im Rahmen des auf vier Jahre angelegten Konsolidierungsplans auch in diesem Jahr um Einsparungen nicht herumkommen. Auch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten ist davon nicht ausgenommen. Das ist schmerzlich, aber leider notwendig. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle festhalten, wie wichtig eine aktive Außenpolitik für Österreich ist. Österreich muss auch zukünftig seinen internationalen Verantwortungen und seinen außenpolitischen Ansprüchen gerecht werden können, und Österreich soll auch weiterhin eine hörbare Stimme in der Welt sein, um die Interessen der Österreicher und Österreicherinnen effizient vertreten zu können.

Österreich hat durch gute Arbeit, durch Sacharbeit innerhalb der UNO und durch seine Beteiligung an UN-Friedensmissionen, einen guten Ruf erworben. Diesen guten Ruf gilt es auch in unserem eigenen Interesse, im Sicherheitsinteresse zu erhalten.

Sehr schmerzlich ist, dass auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wieder Einsparungen vorgesehen sind. Dieser Bereich hat in den letzten Jahren bereits einen großen Teil der Sparmaßnahmen im Außenministerium schultern müssen. Das finde ich sehr bedauerlich. *(Beifall bei Abgeordneten von SPÖ und Grünen.)* Wir müssen dringend eine Trendwende herbeiführen, denn Entwicklungszusammenarbeit ist kein Luxus, den man sich leistet, wenn es einem gut geht.

Erfreulich ist, dass sich die Regierung entschlossen hat, die Ostafrika-Hilfe um 7 Millionen € auf 8,5 Millionen aufzustocken, um die bald eine Million hungernden Menschen in Ostafrika zu unterstützen.

Neben den Einsparungen ist auch die andere Seite der Medaille wichtig, nämlich die Einnahmenseite. Der Staat darf bei einer umfassenden Konsolidierung nicht einseitig auf das Sparen setzen. Wir brauchen den finanziellen Spielraum, um soziale,

sicherheitspolitische Aufgaben bewältigen zu können, und wir brauchen Investitionen, die helfen, die Wirtschaft anzukurbeln, sowie Investitionen in Bildung und Forschung. Um diesen Spielraum zu erhalten, muss unser Steuersystem modernisiert werden. Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer – diesbezüglich bitte ich die Regierung, hart weiterzubohren in Brüssel –, und wir brauchen auch weitere unbedingt erforderliche Maßnahmen, um eine sozial gerechte Finanzierung des Gemeinwohls zu erreichen, so zum Beispiel eine Vermögensteuer. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Dr. Pirkhuber.)*

Rede zur Dringlichen Anfrage der BZÖ an den Bundeskanzler

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Ja, Herr Windholz, in einem stimmen wir überein, nämlich dass Ihr Weltbild mit unserem Weltbild *nicht* übereinstimmt. Sie wollen Österreich zwar nicht ausschließen aus der EU, aber dafür die anderen, und das heißt im Endeffekt dasselbe: allein gegen die anderen. *(Abg. Bucher: EU und Euro-Zone sind zwei verschiedene Dinge!)*

Ich glaube, in einem Punkt sind wir uns auch noch einig: Die Situation, in der sich Europa und damit auch Österreich befindet, ist durchaus ernst, und wie wir uns in den nächsten Wochen verhalten, welche Entscheidungen wir treffen werden, das wird weitreichende Auswirkungen haben – für die Menschen in Österreich und für Gesamteuropa, und das bedingt sich dann wieder gegenseitig. *(Abg. Bucher: Die werden alle belastet werden!)*

Auf dem Spiel steht in dieser Krise ja nicht nur die Zukunft Griechenlands, sondern auch jene des Euro und der Europäischen Union insgesamt. Dabei dürfen wir nicht vergessen, wie verwoben und wirtschaftlich vernetzt wir mit den anderen Ländern der EU sind.

Sie wissen, und wir haben das ja oft genug gesagt, wie wichtig diese Vernetzung letztendlich auch für uns ist, denn die Jobs von einer Million Österreicher sind heute im Exportbereich angesiedelt. Das WIFO hat aufgezeigt, dass der Euro in Österreich jährlich an die 20 000 Arbeitsplätze schafft, und man kann von ungefähr 2,5 Milliarden € jährlich sprechen, die der Euro zu unserem Wohlstand beiträgt.

Das müssen wir bei all unseren Entscheidungen bedenken. Wir müssen Wege aus der Krise finden, die unseren Wohlstand und Arbeitsplätze für Österreich sichern. Das erreichen wir nicht – und ich sage das jetzt durchaus bewusst – mit Populismus, und das erreichen wir auch nicht mit nationalstaatlichen Egoismen. Wer denkt, dass das das Richtige ist, der verkennet, wie sehr sich die weltweiten Abhängigkeiten in der Wirtschaft und in den Finanzen entwickelt haben.

Wir erreichen das aber auch nicht, indem wir immer wieder ein *generelles Nein* zu allem sagen. Europa kann diese Krise nur gemeinsam meistern.

Ich frage mich, wenn ich mir diese Anfrage anschau: Wo sind denn die konkreten Vorschläge des BZÖ? In der Anfrage findet sich kein einziger Lösungsvorschlag! *(Abg. Bucher: Das ist ein Antrag!)* Trotzdem, Sie schlagen hier ein Veto, da ein Veto

vor, aber Sie haben auch sonst nie wirkliche Lösungsvorschläge gebracht. Probleme werden nicht dadurch behoben, indem Sie hie und da ein Veto einlegen, sondern indem Sie konkrete Vorschläge machen.

Wenn Vorschläge von Ihnen da sind, wie von Ihnen, Herr Bucher, auch heute, dann sind sie wohl ziemlich unausgegoren und sehr verkürzt. Sie haben vom Ausschluss Griechenlands gesprochen. Was heißt denn das? Das kann man ja nicht ernsthaft vorschlagen! *(Abg. Bucher: Griechenland kann von sich aus völkerrechtlich austreten!)* Ihnen scheint nicht bewusst zu sein, dass es sich bei Griechenland um einen Staat und nicht um ein Unternehmen handelt. Wenn man ein Unternehmen in Insolvenz schickt, dann ist es okay, dann ist es weg vom Markt. Aber was machen Sie mit Griechenland? – Ein bisschen Voodoo vielleicht vom Herrn Stadler, und weg ist Griechenland, und das Problem ist gelöst, wenn wir es ausschließen. Das kann ja wohl nicht sein, das ist polemisch. *(Abg. Strache: Das SPD-Mitglied Professor Hankel sagt etwas ganz anderes! Ein kluger Mann aus Deutschland!)*

Die Hartwährungsunion ist ebenso ein unausgegorenes Konzept. Geben Sie doch endlich zu, dass eine Hartwährungsunion den Ruin der österreichischen Exportwirtschaft bedeuten würde – mit all den Konsequenzen für die österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Von den politischen Entscheidungsträgern wird zu Recht verlangt, dass sie eine stabilisierende und auch eine verantwortungsvolle Politik machen, und da, befürchte ich, sind Sie nicht dabei. Was wir benötigen, ist eben ein EU-weites Konzept zur Konsolidierung der Haushalte, um unabhängiger von den Finanzmärkten zu sein. Wir brauchen nicht nur Einsparungen, sondern wir brauchen auch Einnahmen. *(Abg. Bucher: Sagen Sie das Ihrem Parteichef!)*

Und da komme ich sehr wohl zur Reichensteuer und zur Vermögensteuer, und da komme ich sehr wohl zur Finanztransaktionssteuer, der Sie ja auch zugestimmt haben. Wir brauchen eine umfassende Umstrukturierung unserer Politik gegenüber der Finanzindustrie.

Wenn es für viele Probleme wirkliche Lösungen nur auf EU-Ebene geben kann, so ist auch klar, dass es die Legitimität für diese Lösungen nur durch eine ausreichende Einbeziehung der nationalen Parlamente geben kann. Wir werden sicher dieses Thema weiter debattieren, weil es für uns sehr wichtig ist.

Da gebe ich Staatssekretär Schieder recht, der in der ZiB2 vor kurzem gesagt hat, die Probleme, vor denen wir stehen, sind zu komplex für einfache Lösungen. Das heißt, Populismus können wir hier vergessen. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Pressemeldungen & Veranstaltungen:

[Nationalrat - Muttonen : Probleme in der EU sind zu komplex für einfache Lösungen \(20.10.2011\)](#)

Diskussionsveranstaltung zur neuen Sicherheitsstrategie

Am 18. Oktober war ich als Diskussionspartner auf eine Veranstaltung des Österreichischen Instituts für Internationale Sicherheitspolitik eingeladen. Thema der Veranstaltung war die neue Österreichische Sicherheitsstrategie, zu der ich aus außen- und europapolitischer Sicht Stellung bezogen habe. Eine gute Zusammenfassung meines Referats findet sich in der folgenden Presseaussendung:

Muttonen: Sicherheitspolitik ist umfassende, ressortübergreifende Querschnittsaufgabe

Utl.: Größerer Fokus auf Arbeit in UNO und der EU =

Wien (OTS/SK) - Die außen- und europapolitische Sprecherin der SPÖ, Christine Muttonen, hat Dienstagabend bei der Podiumsdiskussion "Die neue österreichische Sicherheitsstrategie" über neue Herausforderungen einer umfassenden Sicherheitsstrategie referiert. "Die Gesellschaft ist heute viel komplexer und international viel vernetzter. Das macht uns auch verwundbarer", betonte Muttonen bei der Veranstaltung, die gemeinsam vom Österreichischen Institut für internationale Politik, dem Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik und der Wiener Zeitung abgehalten wurde. Sicherheitspolitik müsse über reine Landesverteidigung hinausgehen und Probleme wie Armut, Hunger, Kriminalität und Cyberkriminalität mitbetrachten", sagte Muttonen. ****

In den letzten zehn Jahren habe sich die sicherheitspolitische Lage wesentlich verändert, so Muttonen. Die alte Sicherheitsdoktrin, die vor allem die militärische Verteidigung des Territoriums zur Grundlage hatte, musste den neuen Herausforderungen angepasst werden. Der individuelle Schutz der Menschen werde immer zentraler. "Es gibt viele Gefahren, die stärker fokussiert sind auf politische, auf zivile, auf polizeiliche Maßnahmen", so Muttonen. Auch das Bundesheer, das nach wie vor eine wichtige, aber veränderte Aufgabe habe, müsse den neuen Herausforderungen angepasst werden. "Eine Umstrukturierung des Bundesheeres scheint unumgänglich zu sein", bekräftigte Muttonen.

Als Grundkonzept der neuen Sicherheitsstrategie wurde die Neutralität wieder festgeschrieben. "Als neutraler Staat kann Österreich als Mittler in Konfliktsituationen auftreten", sagte Muttonen. In diesem Sinne solle auch die UNO, die die besten Erfahrungen im Umgang und bei der Lösung von Konflikten habe, eine wesentlichere Rolle in der Sicherheitspolitik zugemessen werden. Außereuropäische Sicherheitsfragen können hier adressiert werden, wie etwa der Umgang mit "failed states". "Wichtig ist auch die vermehrte Durchsetzung des Völkerrechts und der Menschenrechte sowie das Verbot von bestimmten Waffen oder die nukleare Abrüstung", so Muttonen, "für Österreich muss es in diesem Zusammenhang wichtig sein, die UNO zu stärken und die Einrichtungen der Vereinten Nationen zu nutzen".

Auch die EU spiele eine größere sicherheitspolitische Rolle. "Die EU sichert den Frieden, den Wohlstand und die Stabilität nach innen. Sie organisiert als Solidargemeinschaft im wachsenden Umfang auch grenzüberschreitende Sicherheitsfragen", so Muttonen. Auch entwickle die EU immer stärkere Bereitschaft und Fähigkeit, sich auch außerhalb ihrer Grenzen gemeinschaftlich für Frieden und Stabilität einzusetzen. "Für Österreich ist das deshalb interessant, weil die Sicherheitsanalyse der EU in großem Maße mit derjenigen Österreichs übereinstimmt und weil die EU in der Sicherheitspolitik einen multilateralen und kooperativen Ansatz hat", betonte Muttonen. Innerhalb der EU könne Österreich seine Anliegen wirkungsvoller vorantreiben als Einzelakteur.

Aufgrund der begrenzten Ressourcen Österreichs sollte man sich Kernbereiche suchen, in denen man besonders aktiv ist. "Österreich sollte sich geographische und thematische Nischen suchen", sagte Muttonen. Das sollten vor allem die Bereiche der Abrüstung und die Umsetzung von UNO-Resolutionen sein. Hier sei beispielsweise die Resolution 1325 der UNO zu nennen, die Frauen in Krisenregionen thematisiert und ihre Rechte schützen soll. (Schluss) pep/mb

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien,

Tel.: 01/53427-275

<http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

Empfang für den Außenminister des Königreichs Saudi-Arabien Seine Königliche Hoheit Prinz Saud Al Faisal

Am 12. Oktober empfing die Nationalratspräsidentin gemeinsam mit den Außenpolitischen Sprecherinnen der im Nationalrat vertretenen Parteien den Außenminister des Königreichs Saudi-Arabien, Seine Königliche Hoheit Prinz Saud Al Faisal, zu einem Gedankenaustausch. Dabei wurden unter anderem die Situation der Frauen in

Saudi Arabien aber auch das von Saudi-Arabien mitorganisierte Zentrum für den interreligiösen Dialog angesprochen. Dabei haben wir von österreichischer Seite betont, dass ohne eine zufriedenstellende Lösung der Frauenfrage es auch keine befriedigende Umsetzung der Menschenrechte geben könne.



(Foto: Parlamentsdirektion / HBF / Livio Srodic)

Übergabe des neuen Rolling Ambassadeur of Austria an Nationalratspräsidentin Prammer

Am 11. Oktober übergab Wiesen-thal & Co AG-Vorstand Dr. Alexander Martinowsky den neuen Rolling Ambassadeur of Austria. Der kleine SMART soll auf die wichtige Arbeit des Dachverbandes aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften (PaN) aufmerksam machen. Der Dachverbandes aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften umfasst mittlerweile über 100



bilaterale Freundschaftsgesellschaften, wie die Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft oder die Österreich-Demokratische Republik Kongo - Gesellschaft. Ziel der Gesellschaften und des Dachverbandes ist es als stiller Diplomat für vorurteilsfreie

Völkerfreundschaft und eine friedliche Koexistenz der Nationen einzutreten und im Geist des Miteinander und der Freundschaft dazu beizutragen, dass in Österreich Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit abgelehnt werden. In ihrer Funktion als Nationalratspräsidentin ist Barbara Prammer Mitglied des Ehrenvorstandes des PaN.

Buchpräsentation von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer



Am Montag, den 26. September war ich auf einer besonderen Buchpräsentation zu Gast. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer stellte auf einer Veranstaltung im Parlament ihr Buch "Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden" vor. Vor einem vollen Saal sprachen Mag. Gerda Schaffelhofer, Verlegerin der Verlagsgruppe Styria, sowie SPÖ-Klubobmann Dr. Josef Cap die einleitenden Worte, bevor Bar-

bara Prammer im Gespräch mit Styria-Lektor Reinhard Deutsch Fragen zum Buch, ihrem Werdegang, Frauen- und Umweltbewegung, ihrer Familie und vielen weiteren Themen beantwortete.

Sitzung des Europarats vom 03. Bis 06. Oktober 2011 in Straßburg

Auf seiner Sitzung am 04. Oktober hat der Europarat mit überwältigender Mehrheit beschlossen eine Demokratie-Partnerschaft mit dem Palästinensischen Nationalrat (PNC) einzugehen und damit die demokratische Entwicklung in den Palästinensergebieten nach Kräften unterstützen. Mit dieser Demokratie-Partnerschaft können sich Parlamentarier aus Nichtmitgliedsländern an den Arbeiten der Staatenorganisation beteiligen. Zudem stellt der Europarat seine Expertise beim Aufbau demokratischer Institutionen zur Verfügung. Geknüpft ist diese Partnerschaft jedoch an einige Bedingungen, wie die friedliche Regelung aller Konflikte und die Anerkennung des Rechts Israels auf sichere Grenzen.

Während der Ausschusssitzungen am Dienstag, den 4. Oktober, durfte ich dann als Leiterin des Unter - Ausschuss für Medien im Namen des Europarates und unter großem medialen Interesse den European Youth Media Award 2011 an die Sieger des Wettbewerbs übergeben. Der Preis will auf die Bedeutung der freien Medien für eine gerechte und freie Gesellschaft aufmerksam machen und darauf, dass in vielen Teilen der Erde, Medienakteure noch immer ein großes Risiko für ihre Freiheit und ihr Leben eingehen, wenn sie frei und unzensuriert berichten wollen. Die Wettbewerbsteilnehmer sollten in ihren Beiträgen positive und/oder negative Aspekte der Medienfreiheit im 21. Jahrhundert beleuchten.



Gewonnen haben in den verschiedenen Kategorien:

- **Printmedien:** ["Journalist in Montenegro: Boxbirne, Missionar und Juckpulver"](#) von **Emmanuel Haddad** aus Barcelona, Spanien
- **Fotojournalismus:** ["Ausweisung der Familie Protsiuk"](#) von **Ramin Mazur** aus Chisinau, Republik Moldau
- **Radio:** ["Medienfreiheit in Belarus"](#) von **Jerneja Zavec** aus Cirkulane, Slowenien
- **Videojournalismus:** ["Burma - das Leben von Journalisten mit der Diktatur"](#) von **Eszter Cseke** und **Andras Takacs** aus Budapest, Ungarn

Als ersten Preis gab es 1000€ und die Einladung nach Straßburg zur Oktobersitzung des Europarats.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien